

Liebchen/Strotkemper
Internationales Steuerverfahrensrecht

Internationales Steuerverfahrensrecht

Streitbeilegung und Streitvermeidung

von

Dr. Daniel Liebchen

Steuerberater
Hamburg

Dr. Noemi Strotkemper

Rechtsanwältin, Steuerberaterin
Düsseldorf

1. Auflage
2026



beck.de

ISBN PRINT 978 3 406 80944 6

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Medienservice Frauchiger e.K.
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Grenzüberschreitende Sachverhalte führen im Steuerrecht zunehmend zu Konflikten zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltungen sowie zwischen den beteiligten Staaten. In Deutschland nehmen Verrechnungspreiskorrekturen und daraus erwachsende Konflikte weiterhin stark zu. Kaum überraschend prägen zwischenstaatliche Verständigungs- und Schiedsverfahren mit deutscher Beteiligung die Konfliktlandschaft OECD-weit seit über 10 Jahren. Parallel dazu haben aber auch zwischenstaatliche Streitvermeidungsverfahren in den vergangenen Jahren erheblich an praktischer Bedeutung und Facetten gewonnen. Zwischenstaatliche Streitbeilegungs- und Streitvermeidungsverfahren sind allerdings durch eine Vielzahl unterschiedlicher Rechtsgrundlagen, Verfahrenslogiken und Akteure geprägt. Dies erschwert ihre Anwendung in der Praxis oder führt auch heute noch zu einem zurückhaltenden praktischen Einsatz.

Hier setzt dieses Werk an. Im Mittelpunkt des Werkes steht eine durchgängige Betrachtung der unterschiedlichen Verfahren sowie der einzelnen zur Verfügung stehenden Rechtsgrundlagen von der Antragstellung über die Verfahrensdurchführung bis hin zum Abschluss und zur Umsetzung der erzielten Ergebnisse in nationales Recht. Die Darstellung orientiert sich an den maßgeblichen völkerrechtlichen, unionsrechtlichen und nationalen Vorgaben, bezieht die einschlägige finanzgerichtliche Rechtsprechung und Verwaltungspraxis ein und berücksichtigt auch die aktuellen Empfehlungen der OECD.

Ergänzend zur rechtlichen und systematischen Analyse haben wir an den entscheidenden Stellen praxisbezogene Beratungshinweise aufgenommen, die auf unserer langjährigen Erfahrung in der Begleitung internationaler Steuerstreitigkeiten und Streitvermeidungsverfahren beruhen. Diese Hinweise sollen insbesondere dazu beitragen, strategische Handlungsspielräume realistisch einzuschätzen, typische Verfahrensrisiken zu vermeiden, die Anträge sachgerecht vorzubereiten und schließlich eine Umsetzung der zwischenstaatlichen Lösung in das nationale Recht zu gewährleisten.

Das vorliegende Werk richtet sich an Steuerberater, Rechtsanwälte, Unternehmensvertreter, Angehörige der Finanzverwaltung sowie an die Wissenschaft. Es soll sowohl als Nachschlagewerk für konkrete Verfahrenssituationen dienen als auch ein vertieftes Verständnis der Funktionsweise und Wechselwirkungen der einzelnen Streitbeilegungsmechanismen vermitteln.

Rechtsprechung, Verwaltung und Literatur sind bis Dezember 2025 berücksichtigt.

Hamburg/Düsseldorf im März 2026

Dr. Daniel Liebchen, Dr. Noemi Strotkemper

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII

Teil 1: Überblick über Streitbeilegungs- und Streitvermeidungsverfahren im Internationalen Steuerrecht	1
---	----------

A. Überblick über Verständigungs- und Schiedsverfahren als internationale Streitbeilegungsverfahren	4
I. Hintergrund	4
II. Rechtsgrundlagen	5
1. Doppelbesteuerungsabkommen iSd Art. 25 OECD-MA und Art. 16 ff. MLI ..	5
a) Entstehungsgeschichte	5
b) Art des Streitbeilegungsverfahrens	5
c) Rechtscharakter	6
d) Streitbeilegungsverfahren nach Art. 16 ff. MLI in Ergänzung bilateraler DBA	7
e) Geltung in Deutschland	9
aa) Deutsche Abkommenspolitik zu Art. 25 OECD-MA	9
(1) Verständigungsverfahren	9
(2) Schiedsverfahren	10
bb) Umsetzung des MLI in deutsches Recht	14
(1) Überblick	14
(2) Verständigungsverfahren	16
(3) Schiedsverfahren	17
2. EU-Schiedskonvention	24
a) Entstehungsgeschichte	24
b) Art des Streitbeilegungsverfahrens	25
c) Rechtscharakter	25
d) Geltung in Deutschland	26
3. EU-Streitbeilegungsrichtlinie	27
a) Entstehungsgeschichte	27
b) Art des Streitbeilegungsverfahrens	28
c) Rechtscharakter	29
d) Geltung in Deutschland	32
III. Empfehlungen der OECD, der UN, der EU und nationaler Verhandlungsgrundlagen	33
1. OECD/UN	33
a) Rechtscharakter von OECD-Musterabkommen, OECD-Musterkommentar und weiteren Empfehlungen oder Manuals	33
b) Art. 25 UN-MA	36
2. (Überarbeiteter) Verhaltenskodex des EU-JTPF	37
3. Art. 24 DE-VG als deutsche Verhandlungsgrundlage für DBA	38
IV. Deutsche Verwaltungsvorschriften	39
V. Verhältnis der Rechtsgrundlagen untereinander	40
1. DBA und MLI	40
2. EU-Schiedskonvention	42
3. EU-DBA-Streitbeilegungsgesetz	43
4. Deutsche Verwaltungspraxis	44
5. Wechselmöglichkeit	47
VI. Verhältnis zu nationalen Rechtsbehelfsverfahren	52
1. Verständigungsverfahren	52

Inhaltsverzeichnis

2.	Schiedsverfahren	53
3.	Deutsche Verwaltungspraxis	53
4.	Sonderfall: Durchbrechungsmöglichkeit bestands- oder rechtskräftiger innerstaatlicher Entscheidungen durch internationale Konfliktlösungen	54
a)	Durchbrechungsmöglichkeit für formell bestandskräftige Steuerbescheide oder Einspruchsentscheidungen durch internationale Konfliktlösungen	54
b)	Durchbrechungsmöglichkeit für rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen durch internationale Konfliktlösungen	54
5.	Sonstige Folgen	58
VII.	Bedeutung internationaler Streitbeilegungsverfahren	59
VIII.	Statistiken zum Verständigungs- und Schiedsverfahren	62
1.	DBA und MLI	62
a)	Auswertung auf OECD-Ebene	62
b)	Auswertung für Deutschland	65
2.	EU-Schiedskonvention	73
a)	Auswertung für alle Signatarstaaten	73
b)	Auswertung für ausgewählte Signatarstaaten, insbesondere Deutschland	74
c)	Gesonderte Auswertung zu die Einigungsfrist von zwei Jahren überschreitenden Verständigungsverfahren	75
3.	EU-Streitbeilegungsrichtlinie	77
a)	Auswertung für alle EU-Mitgliedstaaten	77
b)	Auswertung für Deutschland	84
c)	Gesonderte Auswertung zu Schiedsverfahren	84
4.	Übergreifende Auswertung und Ausblick	85
B.	Überblick über gemeinsame und gleichzeitige Außenprüfungen und andere Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen und Risikobewertungsverfahren im Internationalen Steuerrecht	90
I.	Hintergrund	90
II.	Rechtsgrundlagen	91
1.	Koordinierte steuerliche Außenprüfungen und Anwesenheit von Bediensteten anderer Staaten oder Gebiete im Inland und Anwesenheit von inländischen Bediensteten im Ausland	91
a)	§ 10 bis § 12a EUAHiG	91
b)	§ 117e AO	94
2.	Internationale Risikobewertungsverfahren	94
III.	Initiativen der OECD und der EU	95
1.	Bi- und multilaterale steuerliche Außenprüfungen und andere Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen	95
a)	OECD	95
b)	EU	96
2.	Internationale Risikobewertungsverfahren	96
a)	OECD	96
b)	EU	100
aa)	European Trust and Cooperation Approach	100
bb)	Cross-Border Dialogue	104
IV.	Deutsche Verwaltungsvorschriften	104
1.	Gemeinsame und gleichzeitige Außenprüfungen und andere Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen	104
2.	Internationale Risikobewertungsverfahren	106
V.	Verhältnis von gemeinsamen und gleichzeitigen Außenprüfungen bzw. sonstigen Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen und internationalen Risikobewertungsverfahren untereinander sowie Verhältnis zu APA-Verfahren und internationalen Streitbeilegungsverfahren	107
1.	Verhältnis von gemeinsamen und gleichzeitigen Außenprüfungen bzw. sonstigen Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen und internationalen Risikobewertungsverfahren untereinander	107

2.	Verhältnis von gemeinsamen und gleichzeitigen Außenprüfungen bzw. sonstigen Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen und internationalen Risikobewertungsverfahren zu internationalen APA-Verfahren	107
3.	Verhältnis von gemeinsamen und gleichzeitigen Außenprüfungen bzw. sonstigen Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen und internationalen Risikobewertungsverfahren zu internationalen Streitbeilegungsverfahren (Verständigungsverfahren und Schiedsverfahren)	109
VI.	Verhältnis zu innerstaatlichen Verfahren	109
1.	Rechtsbehelfsverfahren	109
2.	Betriebsprüfungen nach §§ 193 ff. AO	110
3.	Unilaterale verbindliche Maßnahmen	110
a)	Verbindliche Auskunft	110
b)	Verbindliche Zusage	110
c)	Tatsächliche Verständigungen	111
4.	Bindung der Judikative an Prüfungsergebnisse	111
VII.	Bedeutung von gemeinsamen und gleichzeitigen Außenprüfungen bzw. sonstigen Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen und internationalen Risikobewertungsverfahren	112
1.	Zusammenfassende Betrachtung	112
2.	Gemeinsame und gleichzeitige Außenprüfungen bzw. sonstige Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen	113
3.	Internationale Risikobewertungsverfahren	115
VIII.	Statistiken über gemeinsame und gleichzeitige Außenprüfungen und internationale Risikobewertungsverfahren	115
1.	Gemeinsame und gleichzeitige Außenprüfungen	115
2.	Internationale Risikobewertungsverfahren	116
a)	OECD	116
b)	EU	118

C.	Überblick über zwischenstaatliche Vorabverständigungsverfahren im Internationalen Steuerrecht	119
I.	Hintergrund	119
II.	Rechtsgrundlagen	120
1.	Internationaler Standard	120
2.	§ 89a AO in Deutschland	122
III.	Bedeutung von Empfehlungen der OECD, der EU und nationaler Verhandlungsgrundlagen	125
1.	OECD/UN	125
a)	OECD-Musterabkommen und OECD-Musterkommentar	125
b)	OECD-Leitlinien	125
c)	Bilateral Advance Pricing Arrangement Manual (BAPAM)	125
d)	Manual on the Handling of Multilateral Mutual Agreement Procedures and Advance Pricing Arrangements (MoMA)	128
2.	EU	129
IV.	Deutsche Verwaltungsvorschriften	130
V.	Verhältnis der Rechtsgrundlagen untereinander	130
VI.	Verhältnis zu innerstaatlichen Verfahren	130
1.	Rechtsbehelfsverfahren	130
2.	Außenprüfungen	131
3.	Unilaterale Verfahren (Vorabverständigungsverfahren, Auskunftsverfahren, Zusageverfahren, tatsächliche Verständigungen)	132
a)	Hintergrund	132
b)	Verhältnis unilateral bindender Instrumente zu bi- oder multilateralen Vorabverständigungsverfahren	132
VII.	Bedeutung zwischenstaatlicher Streitvermeidungsverfahren	137
1.	Vorteile	137
2.	Nachteile	138
VIII.	Statistiken über Vorabverständigungsverfahren	140

Inhaltsverzeichnis

Teil 2: Ablauf von internationalen Streitbeilegungsverfahren im Einzelnen	147
A. Verständigungsverfahren	155
I. Doppelbesteuerungsabkommen	155
1. Gesetzes- bzw. Normstruktur von DBA-Klauseln iSd Art. 25 OECD-MA . .	155
2. Antrag auf Einleitung des Verständigungsverfahrens	157
a) Zugangsvoraussetzungen	157
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	157
(1) Besteuerungsmaßnahmen eines oder beider Vertragsstaaten	157
(2) Eintritt oder Drohen einer dem Abkommen nicht entsprechen-	160
den Besteuerung	160
(3) Einschätzungsprärogative des Antragstellers/der Antragsteller . .	163
bb) Persönlicher Anwendungsbereich	163
cc) Antrag bei einer zuständigen Behörde	168
(1) Zuständigkeit	168
(2) Form	169
(3) Inhalt	169
dd) Antragsfrist	172
(1) Dauer	172
(2) Fristlauf	175
(3) Zurückweisung verspäteter Anträge als unzulässig	177
ee) Unbeschadet innerstaatlicher Rechtsbehelfe	178
b) Wirkungen des Antrags	180
aa) Typischerweise keine Aussetzung der Vollziehung oder Stundung . .	180
bb) Hemmung nationaler Festsetzungsfristen möglich	181
cc) Mögliche Präklusionswirkung für Verständigungsverfahren nach	182
anderen Rechtsgrundlagen	182
c) Antragsrücknahme	183
d) Zulässigkeit eines Wechsels der Rechtsgrundlage	184
3. Einleitung eines Verständigungsverfahrens	184
a) Vorbemerkung	184
b) Prüfung der Antragsvoraussetzungen durch die Anbringungsbehörde . .	185
c) Zurückweisung des Antrags	185
aa) Nichtvorliegen der Antragsvoraussetzungen	185
bb) Ausschlussstatbestände	189
d) Aussetzung des Verfahrens	194
e) Unilaterales Abhilfeverfahren	194
f) Förmliche Einleitung des Verfahrens durch die Anbringungsbehörde . .	196
4. Durchführung des Verständigungsverfahrens	197
a) Vorbemerkung	197
b) Zwischenstaatliches Verwaltungsverfahren	198
c) Ablauf des Verständigungsverfahrens	198
d) Austausch von Positionspapieren	200
e) Bemühenspflicht	201
f) Auslegungs- und Anwendungsgrundsätze	202
g) Rechtsstellung des Antragstellers	202
h) Einigungsfrist	203
i) Behandlung von Zinsen und Strafzuschlägen	206
j) Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Durchsetzung des Verständigungsver-	206
fahrens	206
5. Verfahrensbeendigung	207
a) Erzielung einer Verständigvereinbarung und Folgen	207
aa) Zustandekommen der zwischenstaatlichen Einigung	207
bb) Völkerrechtliche Wirksamkeit unter Vorbehalt der Annahme durch	208
den Antragsteller	208
cc) Bestätigung der Einigung durch einen förmlichen Notenwechsel . .	211
b) Handlungsmöglichkeiten bei ergebnislosen Verständigungsbemühungen .	211
c) Beendigung des Verfahrens aus anderen Gründen	212
6. Umsetzung der Verständigungsregelung in innerstaatliches Recht	212

a)	Typischerweise keine unmittelbare Wirkung aufgrund von DBA-Recht	212
b)	Umsetzung nach Maßgabe innerstaatlicher Rechtsgrundlagen	213
c)	Umsetzungsverfahren nach § 175a AO	214
aa)	Vorbemerkung	214
bb)	Anwendungsbereich	215
cc)	Zuständigkeit	217
dd)	Ablaufhemmung	217
ee)	Rechtsfolge	218
ff)	Rechtsschutz	219
7.	Gebühren/Verfahrenskosten	219
II.	EU-Schiedskonvention	220
1.	Gesetzes- bzw. Normstruktur der EU-Schiedskonvention	220
2.	Antrag auf Einleitung des Verständigungsverfahrens	221
a)	Zugangsvoraussetzungen	221
aa)	Sachlicher Anwendungsbereich	221
(1)	Nichtbeachtung des Fremdvergleichsgrundsatzes iSd Art. 1 und 4 EU-Schiedskonvention	221
(2)	Eintritt oder Drohen der Doppelbesteuerung iSd Art. 1 und 4 EU-Schiedskonvention	222
(3)	Einschätzungsprärogative des Antragstellers	222
(4)	Dreieckskonstellationen	223
(5)	Gemischter Doppelbesteuerungsfall	223
bb)	Persönlicher Anwendungsbereich	223
cc)	Zeitlicher und territorialer Anwendungsbereich	224
dd)	Antrag bei einer zuständigen Behörde	225
(1)	Zuständigkeit	225
(2)	Form	225
(3)	Inhalt	226
ee)	Antragsfrist	228
(1)	Dauer	228
(2)	Fristlauf	228
(3)	Zurückweisung verspäteter Anträge als unzulässig	228
ff)	Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe	229
gg)	Vorverfahren	231
b)	Wirkungen des Antrags	232
aa)	Keine Aussetzung der Vollziehung oder Stundung	232
bb)	Keine Hemmung nationaler Festsetzungsfristen	232
cc)	Präklusion für Verständigungsverfahren nach anderen Rechtsgrundlagen	232
c)	Antragsrücknahme	233
3.	Einleitung des Verständigungsverfahrens	233
a)	Vorbemerkung	233
b)	Prüfung der Antragsvoraussetzungen durch die Anbringungsbehörde	233
c)	Zurückweisung des Antrags	234
aa)	Nichtvorliegen der Antragsvoraussetzungen	234
bb)	Ausschlussstatbestände	234
d)	Aussetzung des Verfahrens	237
e)	Unilaterales Abhilfeverfahren	237
f)	Förmliche Einleitung des Verfahrens durch die Anbringungsbehörde	237
4.	Durchführung des Verständigungsverfahrens	239
a)	Vorbemerkung	239
b)	Zwischenstaatliches Verwaltungsverfahren	239
c)	Ablauf des Verständigungsverfahrens	239
d)	Austausch von Positionspapieren	240
e)	Bemühenspflicht	241
f)	Auslegungs- und Anwendungsgrundsätze	241
g)	Rechtsstellung des Antragstellers	241
h)	Einigungsfrist	242
i)	Behandlung von Zinsen und Strafzuschlägen	243

Inhaltsverzeichnis

j)	Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Durchsetzung des Verständigungsverfahrens	243
5.	Verfahrensbeendigung	244
a)	Erzielung einer Verständigungsvereinbarung und Folgen	244
aa)	Zustandekommen der zwischenstaatlichen Einigung	244
bb)	Völkerrechtliche Wirksamkeit unter Vorbehalt der Annahme durch den Antragsteller	245
cc)	Bestätigung der Einigung durch einen förmlichen Notenwechsel	245
b)	Handlungsmöglichkeiten bei ergebnislosen Verständigungsbemühungen	245
c)	Beendigung des Verfahrens aus anderen Gründen	246
6.	Umsetzung der Verständigungsregelung in innerstaatliches Recht	246
a)	Keine unmittelbare Wirkung aufgrund der EU-Schiedskonvention	246
b)	Umsetzung nach Maßgabe innerstaatlicher Rechtsgrundlagen	246
c)	Umsetzungsverfahren nach § 175a AO	247
aa)	Anwendungsbereich des § 175a S. 1 AO	247
bb)	Zuständigkeit	247
cc)	Ablaufhemmung	247
dd)	Rechtsfolge	247
ee)	Rechtsschutz	247
7.	Gebühren/Verfahrenskosten	248
III.	EU-DBA-Streitbeilegungsgesetz	248
1.	Gesetzes- bzw. Normstruktur des EU-DBA-SBG	248
2.	Antrag auf Einleitung des Verständigungsverfahrens mittels einer Streitbeilegungsbeschwerde (§§ 4 ff. EU-DBA-SBG)	250
a)	Zugangsvoraussetzungen	250
aa)	Sachlicher Anwendungsbereich	250
bb)	Persönlicher Anwendungsbereich	251
cc)	Zeitlicher Anwendungsbereich	252
dd)	Streitbeilegungsbeschwerde einer oder mehrerer betroffener Personen bei den zuständigen Behörden	253
(1)	Zuständigkeit	253
(2)	Form	253
(3)	Inhalt	255
(4)	Erleichterungen für natürliche Personen und kleinere Unternehmen (§ 28 EU-DBA-SBG)	257
ee)	Beschwerdefrist	258
ff)	Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe	259
b)	Wirkungen der Streitbeilegungsbeschwerde	259
aa)	Keine Aussetzung der Vollziehung oder Stundung	259
bb)	Keine Hemmung nationaler Festsetzungsfristen	259
cc)	Präklusion für Verständigungsverfahren nach anderen Rechtsgrundlagen	259
c)	Rücknahme der Streitbeilegungsbeschwerde	260
d)	Erledigung der Streitbeilegungsbeschwerde	260
3.	Einleitung des Verständigungsverfahrens	260
a)	Vorbemerkung	260
b)	Prüfung der Antragsvoraussetzungen durch alle zuständigen Behörden	261
c)	Zurückweisung der Streitbeilegungsbeschwerde	262
aa)	Nichtvorliegen der Beschwerdevoraussetzungen	262
bb)	Ausschlussstatbestände	262
cc)	Zurückweisung durch alle zuständigen Behörden	263
dd)	Zurückweisung durch mindestens eine zuständige Behörde	264
d)	Beendigung des Beschwerdeverfahrens aus anderen Gründen	265
e)	Aussetzung bzw. Ruhendstellung des Streitbeilegungsverfahrens	265
f)	Unilaterales Abhilfeverfahren	265
g)	Förmliche Einleitung des Verständigungsverfahrens	266
aa)	Einstimmige Zulassung	266
bb)	Fingierte Zulassung der Streitbeilegungsbeschwerde	267

cc) Zulassung der Streitbeilegungsbeschwerde durch den Beratenden Ausschuss	267
4. Durchführung des Verständigungsverfahrens (§§ 13 ff. EU-DBA-SBG)	267
a) Vorbemerkung	267
b) Zwischenstaatliches Verwaltungsverfahren	268
c) Ablauf des Verständigungsverfahrens	268
d) Austausch von Positionspapieren	268
e) Bemühenspflicht	269
f) Auslegungs- und Anwendungsgrundsätze	269
g) Rechtsstellung des Antragstellers	269
h) Einigungsfrist	269
i) Behandlung von Zinsen und Strafzuschlägen	270
j) Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Durchsetzung des Verständigungsverfahrens	271
5. Verfahrensbeendigung	271
a) Erzielung einer zwischenstaatlichen Verständigungsvereinbarung und Folgen	271
aa) Zustandekommen der zwischenstaatlichen Einigung	271
bb) Völkerrechtliche Wirksamkeit unter Vorbehalt der Annahme durch den Antragsteller	271
cc) Bestätigung der Einigung durch einen förmlichen Notenwechsel	273
b) Handlungsmöglichkeiten bei ergebnislosen Verständigungsbemühungen	273
c) Beendigung des Verfahrens aus anderen Gründen	274
6. Umsetzung der Verständigungsregelung in innerstaatliches Recht	275
a) Vorbemerkung	275
b) Keine unmittelbare Wirkung nach dem EU-DBA-SBG	275
c) Umsetzung nach Maßgabe innerstaatlicher Rechtsgrundlagen	275
d) Umsetzungsverfahren nach § 175a AO	276
7. Gebühren/Verfahrenskosten	276
B. Schiedsverfahren	277
I. Doppelbesteuerungsabkommen	277
1. Gesetzes- bzw. Normstruktur obligatorischer Schiedsklauseln nach DBA	277
2. Übergang des Verständigungsverfahrens in ein obligatorisches Schiedsverfahren	278
a) Zugangsvoraussetzungen	278
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	278
(1) Ungelöste Fragen des Verständigungsverfahrens	278
(a) Ungelöste Teilaspekte	278
(b) Lösung des gesamten Falles durch das Schiedsverfahren	278
(c) Sonderfälle	278
(aa) Keine fristgerechte Umsetzung einer Verständigung in innerstaatliches Recht	278
(bb) Übergang eines gescheiterten Vorabverständigungsverfahrens in ein Schiedsverfahren	280
(2) Bestehende Doppelbesteuerung	281
(3) Keine Bereichsausnahmen	281
(a) Sachliche Beschränkung des Anwendungsbereichs	281
(b) Rechtsbehelfsverzicht	284
(c) Vorrang einer rechtskräftigen innerstaatlichen Gerichtsentcheidung	284
(4) Ablauf der Verständigungshöchstfrist	285
(5) Übergang in das Schiedsverfahren auf schriftlichen Antrag hin oder von Amts wegen durch die zuständigen Behörden	286
(6) Zuständigkeit	287
bb) Persönlicher Anwendungsbereich	288
(1) Betroffene Personen	288
(2) Erforderliche Informationen bzw. Erklärungen	288
cc) Unbeschadet innerstaatlicher Rechtsbehelfe	289

Inhaltsverzeichnis

b)	Wirkungen des Antrags	290
c)	Antragsrücknahme	290
3.	Einleitung des Schiedsverfahrens	290
a)	Prüfung der Einleitungsvoraussetzungen	290
b)	Förmliche Einleitung des Schiedsverfahrens	290
4.	Durchführung des Schiedsverfahrens	291
a)	Vorbemerkung	291
b)	Schiedsauftrag	291
c)	Bestellung der Schiedsrichter	292
aa)	Auswahlverfahren	292
bb)	Anforderungsprofil für Schiedsrichter	295
cc)	Vertraulichkeit	296
d)	Anzuwendendes Recht	296
e)	Verfahrens- und Beweisregelungen	298
f)	Mitwirkungsmöglichkeiten für Steuerpflichtige	299
g)	Verfahrensformat	299
aa)	Überblick	299
bb)	Schiedsverfahren nach dem final offer-Ansatz	301
cc)	Schiedsverfahren nach dem beschleunigten final offer-Ansatz	302
dd)	Schiedsverfahren nach dem independent opinion-Ansatz	303
5.	Verfahrensbeendigung	304
a)	Entscheidungsfrist in Schiedsverfahren	304
b)	Beschlussfassung	305
c)	Verbindlichkeit der Schiedsentscheidung	306
aa)	Unmittelbare Verbindlichkeit der Schiedsentscheidung	306
bb)	Typischerweise keine Befugnis zur Abweichung von dem Schiedsspruch für die zuständigen Behörden durch Verständigung	306
cc)	Transformation der Schiedsentscheidung als Verständigungsvereinbarung	307
d)	Veröffentlichung der Schiedsentscheidung in Gestalt der Verständigungsvereinbarung	308
e)	Erledigung vor Ergehen des Schiedsspruchs	309
6.	Umsetzung der Schiedsentscheidung in nationales Recht	309
7.	Gebühren/Verfahrenskosten	310
II.	EU-Schiedskonvention	311
1.	Überblick zur Gesetzes- bzw. Normstruktur	311
2.	Übergang des Verständigungsverfahrens in ein obligatorisches Schiedsverfahren	312
a)	Zugangsvoraussetzungen	312
aa)	Sachlicher Anwendungsbereich	312
(1)	Ungelöste Fragen	312
(2)	Bestehende oder drohende Doppelbesteuerung	312
(3)	Keine Bereichsausnahmen	313
(a)	Sachliche Beschränkungen des Anwendungsbereichs	313
(b)	Rechtsbehelfsverzicht	313
(c)	Vorrang einer rechtskräftigen innerstaatlichen Gerichtsentcheidung	313
(4)	Ablauf der Verständigungshöchstfrist	314
(5)	Übergang in das Schiedsverfahren vAw	315
(6)	Zuständigkeit	315
bb)	Persönlicher Anwendungsbereich	316
(1)	Betroffene Person	316
(2)	Erforderliche Informationen bzw. Erklärungen	316
cc)	Unbeschadet innerstaatlicher Gerichtsverfahren	316
b)	Rücknahme des Antrags auf Einleitung des Verständigungsverfahrens	317
3.	Einleitung des Schiedsverfahrens	317
a)	Prüfung der Einleitungsvoraussetzungen	317
b)	Förmliche Einleitung des Schiedsverfahrens	318
4.	Durchführung des Schiedsverfahrens	318

a)	Vorbemerkung	318
b)	Schiedsauftrag	318
c)	Bestellung der Schiedsrichter	318
aa)	Vorbemerkung	318
bb)	Auswahlverfahren	318
(1)	Unabhängige Personen	318
(2)	Vorsitzender des Beratenden Ausschusses	320
cc)	Anforderungsprofil für Schiedsrichter	320
(1)	Unabhängige Personen	320
(2)	Vorsitzender des Beratenden Ausschusses	320
dd)	Vertraulichkeit	321
ee)	Ablehnung wegen Befangenheit	321
d)	Anzuwendendes Recht	321
e)	Verfahrens- und Beweisregelungen	322
f)	Mitwirkungsmöglichkeiten für Steuerpflichtige	323
g)	Verfahrensformat	324
aa)	Überblick	324
bb)	Schiedsverfahren nach dem independent opinion-Ansatz	324
5.	Verfahrensbeendigung	324
a)	Entscheidungsfrist des Beratenden Ausschusses	324
b)	Beschlussfassung	325
c)	Verbindlichkeit der Schiedsentscheidung	325
aa)	Keine unmittelbare Bindungswirkung der Entscheidung des Beratenden Ausschusses	325
bb)	Einigungsverfahren der zuständigen Behörden	326
cc)	Direkte Umsetzung der Schiedsentscheidung ohne Transformation als Verständigungsvereinbarung	326
d)	Veröffentlichung der Schiedsentscheidung in Gestalt der Verständigungsvereinbarung	327
e)	Keine Revisionsinstanz	328
6.	Umsetzung der Schiedsentscheidung in nationales Recht	328
7.	Gebühren/Verfahrenskosten	328
III.	EU-DBA-Streitbeilegungsgesetz	329
1.	Überblick zur Gesetzes- bzw. Normstruktur	329
2.	Übergang des Verständigungsverfahrens in ein obligatorisches Schiedsverfahren vor dem Beratenden Ausschuss	330
a)	Zugangsvoraussetzungen für ein Verfahren vor dem Beratenden Ausschuss nach § 17 EU-DBA-SBG	330
aa)	Sachlicher Anwendungsbereich	330
(1)	Ungelöste Streitfrage	330
(2)	Keine bestehende Doppelbesteuerung	330
(3)	Bereichsausnahmen	330
(a)	Sachliche Beschränkungen des Anwendungsbereichs	330
(b)	Rechtsbehelfsverzicht	332
(c)	Vorrang einer rechtskräftigen innerstaatlichen Gerichtsentscheidung	332
(4)	Ablauf der Verständigungshöchstfrist	332
(5)	Übergang in das Schiedsverfahren auf Antrag der betroffenen Person	333
(6)	Zuständigkeit	333
bb)	Persönlicher Anwendungsbereich	333
(1)	Betroffene Person	333
(2)	Erforderliche Informationen bzw. Erklärungen	333
cc)	Verhältnis zu nationalen Gerichtsverfahren	334
b)	Wirkungen des Antrags	334
c)	Antragsrücknahme oder Rücknahme der Streitbeilegungsbeschwerde	334
3.	Einleitung des Schiedsverfahrens	335
a)	Prüfung der Einleitungsvoraussetzungen	335
b)	Förmliche Einleitung des Schiedsverfahrens	335

Inhaltsverzeichnis

4.	Durchführung des Schiedsverfahrens	335
a)	Vorbemerkung	335
b)	Geschäftsordnung	335
c)	Bestellung der Schiedsrichter	336
aa)	Vorbemerkung	336
bb)	Auswahlverfahren	337
(1)	Unabhängige Personen	337
(2)	Vertreter der zuständigen Behörden	339
(3)	Vorsitzender des Beratenden Ausschusses	339
cc)	Anforderungsprofil für Schiedsrichter	339
(1)	Unabhängige Personen	339
(2)	Vertreter der zuständigen Behörden	339
(3)	Vorsitzender des Beratenden Ausschusses	340
dd)	Vertraulichkeit	340
ee)	Ablehnung wegen Befangenheit	340
d)	Anzuwendendes Recht	341
e)	Verfahrens- und Beweisregelungen	341
f)	Mitwirkungsmöglichkeiten für Steuerpflichtige	341
g)	Verfahrensformat	342
aa)	Überblick	342
bb)	Schiedsverfahren nach dem independent opinion-Ansatz	342
h)	Sonderregelungen für natürliche Personen und kleinere Unternehmen	342
5.	Verfahrensbeendigung	342
a)	Entscheidungsfrist in Schiedsverfahren	342
b)	Beschlussfassung	342
c)	Verbindlichkeit der Schiedsentscheidung	343
aa)	Keine unmittelbare Bindungswirkung der Entscheidung des Be- ratenden Ausschusses	343
bb)	Einigungsverfahren der zuständigen Behörden	343
cc)	Direkte Umsetzung der Schiedsentscheidung ohne Transformation als Verständigungsvereinbarung	343
dd)	Übermittlung der abschließenden Entscheidung an die betroffene Person	343
d)	Veröffentlichung der Schiedsentscheidung	344
e)	Erledigung der Streitbeilegungsbeschwerde	345
f)	Aussetzung des Streitbeilegungsverfahrens	345
6.	Umsetzung der Schiedsentscheidung in nationales Recht	345
7.	Gebühren/Verfahrenskosten	345
8.	Exkurs: Streitbeilegung durch den Ausschuss für Alternative Streitbeile- gung (§§ 29 f. EU-DBA-SBG)	346
a)	Anwendungsbereich	346
b)	Kein förmliches Antragsrecht der betroffenen Person	346
c)	Durchführung von alternativen Streitbeilegungsverfahren	346
aa)	Mögliche alternative Streitbeilegungsverfahren	346
bb)	Optionale Einsetzung des Ausschusses für Alternative Streitbeile- gung als ständiges Gremium	347
9.	Exkurs: Verfahren vor dem Beratenden Ausschuss nach § 10 EU-DBA-SBG	348
a)	Vorbemerkung	348
b)	Zusammensetzung und Arbeitsweise des Beratenden Ausschusses	348
c)	Entscheidung des Beratenden Ausschusses	348
d)	Folgen	348
aa)	Ersetzung der Zurückweisung durch eine zuständige Behörde	348
bb)	Bestätigung der Zurückweisung durch eine zuständige Behörde	349

Teil 3: Ablauf von internationalen Streitvermeidungsverfahren im Einzelnen . . .	351
A. Gleichzeitige und gemeinsame Außenprüfungen und sonstige Maßnahmen der zwischenstaatlichen Amtshilfe in Steuersachen	354
I. Überblick über die Gesetzes- bzw. Normstruktur	354
1. Gleichzeitige Prüfung nach § 12 EUAHiG	354
2. Gemeinsame Prüfung nach § 12a EUAHiG	355
3. Weitere Regelungen des EU-Amtshilfegesetzes	356
4. Besondere Formen der Amtshilfe mit Drittstaaten nach § 117e AO	358
II. Auswahlverfahren	358
1. Zugangsvoraussetzungen	358
a) Sachlicher Anwendungsbereich	358
aa) Gleichzeitige Prüfung	358
bb) Gemeinsame Prüfung	361
cc) Anwesenheits- und Prüfungsrechte im jeweils anderen Staat	362
dd) Besonderheiten im Verhältnis zu Drittstaaten	363
b) Persönlicher Anwendungsbereich	363
2. Zuständigkeit	364
a) Gemeinsame oder gleichzeitige Prüfungen nach §§ 12 und 12a EUAHiG	364
b) Gemeinsame und gleichzeitige Prüfungen sowie Anwesenheits- und Prüfungsrechte mit Drittstaaten	365
3. Ersuchen zur Einleitung einer gemeinsamen oder gleichzeitigen steuerlichen Außenprüfung sowie von Anwesenheits- und Prüfungsrechten	365
a) Auswahlverfahren	365
aa) Ersuchen eines (EU-Mitglied-)Staates	365
bb) Inhalts- und Formvorgaben für Ersuchen	367
cc) Austausch der Informationen im Vorfeld der gleichzeitigen bzw. gemeinsamen Prüfung	368
b) Zustimmung oder Ablehnung durch einen oder mehrere andere (EU-Mitglied-)Staaten	368
4. Vorzeitige Beendigung einer gemeinsamen oder gleichzeitigen Außenprüfung sowie Einstellung von Anwesenheits- und Prüfungsmaßnahmen	369
III. Einleitung einer gemeinsamen oder gleichzeitigen Außenprüfung sowie Initiierung von Anwesenheits- und Prüfungsrechten	370
1. Vereinbarung der Durchführung einer gemeinsamen oder gleichzeitigen Außenprüfung sowie der Initiierung von Anwesenheits- und Prüfungsrechten	370
2. Status der inländischen Person	370
3. Rechtsbehelfsmöglichkeiten	372
IV. Durchführung einer gemeinsamen oder gleichzeitigen Außenprüfung sowie von Anwesenheits- und Prüfungsrechten	374
1. Ablauf	374
a) Auftaktsitzung/Protokoll	374
b) Informationsaustausch	375
c) Prüfungshandlungen	376
d) Reine Bemühenspflicht bei gemeinsamen Prüfungen	377
2. Keine Frist	378
3. Status der inländischen Person	378
4. Wechsel der Formen der koordinierten Außenprüfung	378
V. Beendigung einer gemeinsamen oder gleichzeitigen Außenprüfung sowie von Anwesenheits- und Prüfungsrechten	379
1. Abschlusssitzung	379
2. Ausgang des Verfahrens	379
a) Gemeinsame Prüfung	379
aa) Einigung	379
bb) Keine Einigung	380
b) Gleichzeitige Prüfung	380
3. Status der inländischen Person	381

Inhaltsverzeichnis

VI. Innerstaatliche Umsetzung gemeinsamer Feststellungen	381
VII. Gebühren/Verfahrenskosten	383
B. Internationale Risikobewertungsverfahren	384
I. Überblick über die Gesetzes- bzw. Normstruktur	384
II. Antrag oder Anregung auf Einleitung des Verfahrens	385
1. Zugangsvoraussetzungen	385
a) Sachlicher Anwendungsbereich	385
b) Persönlicher Anwendungsbereich	385
c) Beantragung oder Anregung des Verfahrens	386
aa) Antragsverfahren	386
(1) Form	386
(2) Inhalt	386
bb) Anregung durch eine ausländische Finanzbehörde	386
2. Zuständigkeit	387
3. Wirkungen des Antrags	388
4. Rücktritt vom Verfahren	388
III. Einleitung des Verfahrens (Auswahlverfahren)	388
1. Prüfung der Einleitungsvoraussetzungen	388
2. Ausschlussgründe	389
3. Förmliche Einleitung des internationalen Risikobewertungsverfahrens	390
4. Zurückweisung des Antrags und Rechtsbehelfsmöglichkeiten	391
IV. Durchführung des internationalen Risikobewertungsverfahrens	391
1. Ablauf des Risikobewertungsverfahrens	391
2. Keine Frist	392
3. Status des MNEs	393
4. Fehlender Verfahrensabschluss und Rechtsbehelfsmöglichkeiten	393
V. Beendigung des internationalen Risikobewertungsverfahrens (Outcome-Phase)	393
1. Vorbemerkung	393
2. Rechtsfolgen	394
a) Identifikation keiner oder nur geringer Risiken: Kein Anspruch auf Ausnahme des Sachverhalts von einer Betriebsprüfung	394
b) Identifikation von nicht nur geringen Risiken oder uneinheitliche Risikobewertung	395
VI. Gebühren/Verfahrenskosten	396
C. Vorabverständigungsverfahren	397
I. Überblick zur Gesetzes- bzw. Normstruktur	397
II. Antrag auf Einleitung des Vorabverständigungsverfahrens	399
1. Zugangsvoraussetzungen	399
a) Sachlicher Anwendungsbereich	399
b) Persönlicher Anwendungsbereich	403
c) Vorgespräch (Prefiling-Phase)	405
d) Antrag bei der zuständigen Behörde	407
aa) Zuständigkeit	407
bb) Form	408
cc) Inhalt	409
(1) Inhaltsvorgaben des § 89a Abs. 2 S. 1 AO	409
(a) Allgemeines	409
(b) Besonderheiten für Verrechnungspreisfälle	411
(c) KMUs	414
(d) Sonstige Fälle	414
(2) Dispositionsmaxime des Antragstellers	415
dd) Laufzeit/Gültigkeitsdauer	415
(1) Typische Laufzeit	415
(2) Beginn der Laufzeit	416
(3) Rückbeziehungsmöglichkeit des Vorabverständigungsverfahrens auf Vorjahre	417
(4) Ende der Laufzeit	418

e) Verhältnis zum innerstaatlichen Recht	418
aa) Rechtsbehelfsverfahren	418
bb) Betriebsprüfungsverfahren	419
cc) Auskunft- und Zusageverfahren	419
2. Wirkungen des Antrags	419
3. Antragsrücknahme	420
4. Änderungsanträge	420
III. Einleitung des Vorabverständigungsverfahrens	421
1. Prüfung der Antragsvoraussetzungen durch das BZSt	421
2. Formliche Einleitung des Vorabverständigungsverfahrens	421
a) Ermessenserwägungen	421
b) Einleitung des Verfahrens	422
3. Zurückweisung des Antrags	422
a) Ermessenserwägungen	422
b) Rechtsschutz	424
IV. Durchführung des Vorabverständigungsverfahrens	424
1. Zwischenstaatliches Vorabverständigungsverfahren	424
2. Ablauf des Vorabverständigungsverfahrens	425
3. Prüfung und Bewertung des Vorabverständigungsverfahrens	426
4. Austausch von Positionspapieren	426
5. Keine Einigungsfrist	427
6. Status des Antragstellers	427
7. Rechtsbehelfsmöglichkeiten zur Durchsetzung des Verfahrens	429
V. Beendigung des Vorabverständigungsverfahrens	429
1. Abschluss eines Vorabverständigungsverfahrens	429
a) Inhalt, insbesondere Gültigkeitsbedingungen	429
b) Wirksamkeit und Wirksamkeitsvorbehalte	431
c) Bindungswirkung	433
d) Veröffentlichung	434
2. Kein Anspruch auf Verfahrensabschluss	434
VI. Umsetzung der Vorabverständigung in innerstaatliches Recht	435
1. Verfahren und Zuständigkeit	435
2. Entfall der Bindungswirkung an das Vorabverständigungsverfahren wäh- rend der Laufzeit	436
3. Berichtspflichten des Antragstellers während der Laufzeit des Vorabverständigungsverfahrens	437
VII. Gebühren/Verfahrenskosten für Vorabverständigungsverfahren	439
VIII. Übertragbarkeit der Wirkungen einer Vorabverständigung	443
1. Antrag auf Verlängerung der Laufzeit	443
2. Übertragbarkeit des Vorabverständigungsverfahrens im Falle einer Gesamt- rechtsnachfolge	444
3. Keine Übertragbarkeit des Vorabverständigungsverfahrens auf vergleichbare Geschäftsvorfälle	444
Stichwortverzeichnis	445